

Tausende Jahre Erfahrung bei Altmeisterfeier versammelt

Die Handwerkskammer Karlsruhe hat in Bad Liebenzell Goldene und Diamantene Meisterbriefe an 41 Jubilare verliehen.

BAD LIEBENZELL. Knapp 150 Gäste waren gekommen, um das ehrwürdige Jubiläum im Spiegelsaal des Kurhauses in Bad Liebenzell mit den Altmeistern der Meisterprüfungsjahrgänge 1963 und 1973 zu feiern. 41 Jubilare wurden von der Handwerkskammer Karlsruhe für diese Leistung mit dem Diamantenen Meisterbrief (für 60 Jahre) beziehungsweise mit dem Goldenen Meisterbrief (für 50 Jahre) ausgezeichnet.

Zum Abschluss gab es zu „Ein Heller und ein Batzen“ noch einen traditionellen Zimmermanns-Klatsch.

Kreishandwerksmeister Uwe Huber eröffnete mit seiner Begrüßung und einem Rückblick in die Jahre 1963 und 1973 die diesjährige Altmeisterfeier. Grußworte richteten Roberto Chiari, Bürgermeister der Stadt Bad Liebenzell, sowie Kammerpräsident Joachim Wohlfeil an die Ehrenden. Landtagsabgeordneter Thomas Blenke erwies mit seiner Festrede die



Insgesamt 41 Jubilare erhielten ihre Goldenen oder Diamantenen Meisterbriefe.

Foto: Kreishandwerkerschaft Calw

Die Geehrten

Goldene Meisterbriefe für 50 Jahre

Friedrich Günther (Augenoptikermeister) Nagold, Lieselotte Fernengel (Friseurmeisterin) Bad Wildbad, Gerhard Gutekunst (Friseurmeister) Nagold, Manfred Keppler (Gas- und Wasserinstallateurmeister) Bad Liebenzell, Fritz Kober (Gas- und Wasserinstallateurmeister) Calw, Karl-Heinz Waidner (Gas- und Wasserinstallateurmeister) Bad Herrenalb, Heinz Weik (Zentralheizungs- und Lüftungsbauermeister) Bad Liebenzell, Erwin Bühler (Kraftfahrzeugmechanikermeister) Gechingen, Hans Martin Hagen (Kraftfahrzeug-

mechanikermeister) Nagold, Friedrich Lamparth (Kraftfahrzeugmechanikermeister) Simmersfeld, Lutz Schubert (Kraftfahrzeugmechanikermeister) Nagold, Werner Seeger (Kraftfahrzeugmechanikermeister) Ebhausen, Norbert Ziegler (Kraftfahrzeugmechanikermeister) Althengstett, Walter Hammann (Landmaschinenmechanikermeister) Calw, Wilfried Kloos (Maurermeister) Bad Teinach-Zavelstein, Reinhold Knorr (Mechanikermeister) Hailerbach, Helmut Pfrommer (Mechanikermeister) Calw, Karl Roller (Metzgermeister) Calw, Volker Fautz (Werkzeug-

Diamantene Meisterbriefe für 60 Jahre

Marianne Dürr (Damenschneidermeisterin) Nagold, Kurt Schwemmler (Elektroinstallateurmeister) Bad Liebenzell, Manfred Jocher (Malerei- und Lackiermeister) Altensteig, Siegfried Nothacker (Tapeziermeister) Calw, Hans Philipp (Malerei- und Lackiermeister) Bad Liebenzell, Fritz Rothfuss (Malerei-

meister) Neulach, Wolfried Creutz (Maurermeister) Wildberg, Walter Roller (Maurermeister) Oberreichenbach, Heinz Sautter (Mechanikermeister) Nagold, Reiner Hörter (Metzgermeister) Bad Wildbad, Heinz Zotzel (Schlossermeister) Calw, Karl Braun (Schreinermeister) Hailerbach, Günter Munz (Schreinermeister) Calw, Fritz Schlecht (Schreinermeister) Bad Wildbad, Ernst Stöhr (Schreinermeister) Hailerbach, Roland Walter (Schreinermeister) Nagold, Helmut Reutter (Steinbildhauermeister) Calw, Manfred Elsässer (Zimmermeister) Oberreichenbach.

WOHNUNGSBAU

Das Politikversagen

EIN KOMMENTAR VON RALPH SCHWEINFURTH

Es sollten einmal 400 000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden, um dem eklatanten Wohnraumangel hierzulande entgegenzuwirken. Jetzt hat sich der Bund bei seinem Wohnungsgipfel auf die Hälfte, also 200 000, festgelegt. Selbst das ist ein ambitioniertes Ziel. Denn wegen gestiegener Bauzinsen und weiterhin hoher Immobilienpreise können die Maßnahmen, die die Runde um Bundeskanzler Olaf Scholz beschlossen hat, die Wohnungsnot nicht ansatzweise lindern. Deutschlandweit fehlen rund 700 000 Wohnungen – Tendenz steigend.

Viel zu lange wurde in Deutschland seitens der Politik der Wohnraumangel ignoriert. Das begann schon in der Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel. Wenn Nachfolger Scholz – damals Bundesfinanzminister – jetzt mit der Rekordsumme von 18 Milliarden Euro alle Vorhaben bis 2027 realisieren will, darf man skeptisch sein. Woher soll das Geld kommen?

Positiv ist immerhin, dass jetzt mehr Familien einen Anspruch auf ein zinsvergünstigtes Baudarlehen haben. Denn die Einkommensgrenze dafür wird angehoben: von 60 000 Euro auf 90 000 Euro im Jahr. Bisher war die Maßnahme eher ein Reifall. Denn seit Beginn des Programms im März dieses Jahres wurden lediglich 200 Anträge gestellt.

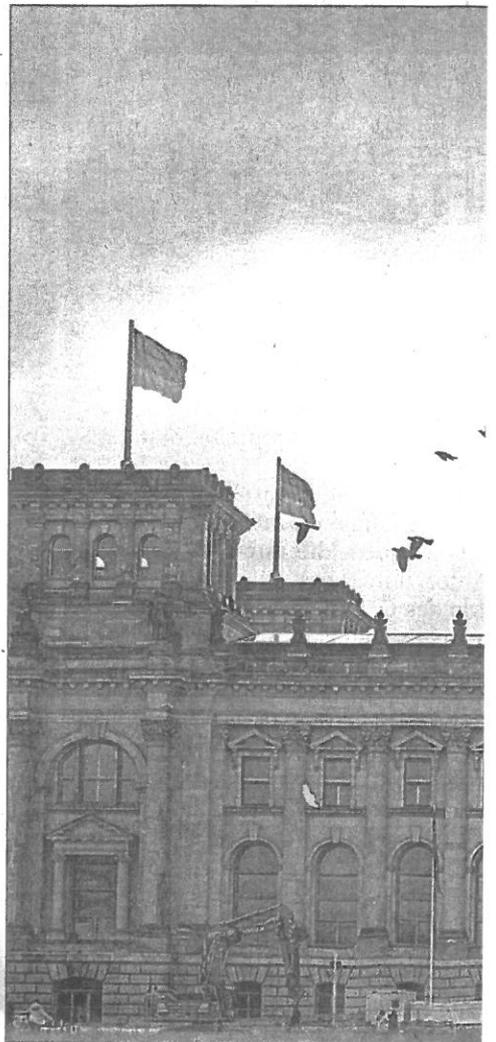
Weil die Immobilienpreise jedoch viel zu stark gestiegen sind, werden auch mit einem zu versteuernden Einkommen von 90 000 Euro lediglich Familien im ländlichen Raum profitieren. Denn nur dort sind die Preise entsprechend niedrig, um über die staatliche Förderung Wohneigentum schaffen zu können.

Positiv ist auch, dass man vom überzogenen Energieeffizienzstandard EH 40 für Neubauten abrückt. Dieser besagt, dass Neubauten nur noch 40 Prozent der Energie verbrauchen dürfen, die bisher Standard war – um das zu erreichen, fallen aber Mehrkosten bis zu 100 000 Euro an. Das schreckt viele Bauwillige ab.

Ein gravierendes Problem lösen die Berliner Beschlüsse aber nicht. Deutschlandweit fehlen rund 300 000 Fachkräfte im Baugewerbe. Zwar kann man Häuser inzwischen auch im 3D-Druck erstellen, doch gibt es bisher zu wenig Firmen, die auf dieses innovative Verfahren spezialisiert sind. Die Wohnungsnot wird bleiben.

Der Bund will die Mittel für Demok

Politische B



Der Berliner Reichstag. Immer weniger Mensc

Das Vertrauen in die Demokratie und die staatlichen Institutionen sinkt. „Ein Teil der Mitte distanzieren sich von der Demokratie, ein Teil radikalisiert sich“, bilanzierte kürzlich die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Studie (siehe unten). Und Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sieht Deutschland „auf dem Weg in eine destruktive Demokratie“ und erkennt „leichte An

mü
Un
der
del
unc
gen
A
das
viel
offe
wie

KOMMUNALE AUFGABEN

So kann es nicht weitergehen

EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ PAUL

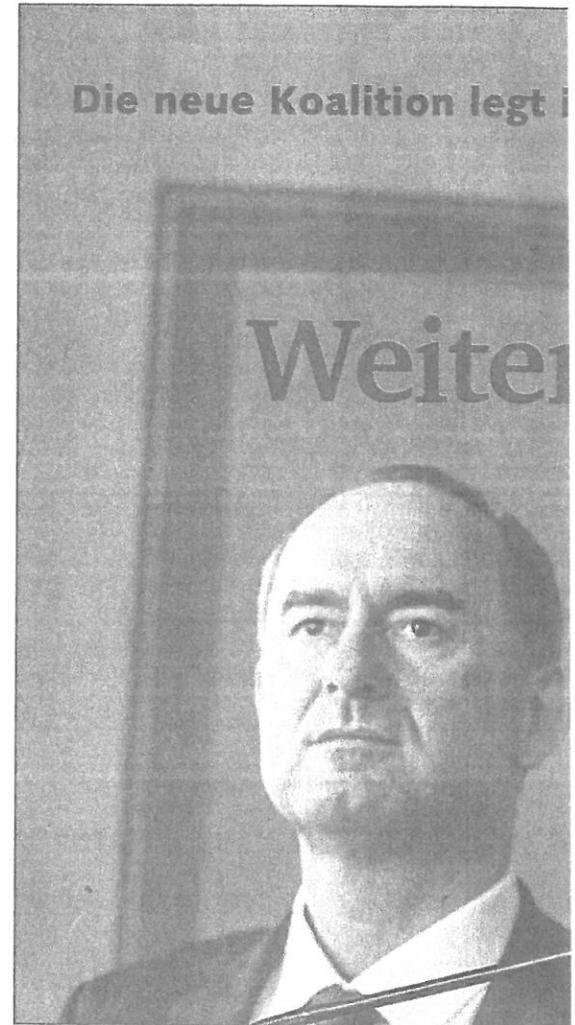
Es kommt immer mehr dazu: Die nächste Aufgabe, die der Bund den Kommunen zu übertragen gedenkt, ist das Aufspüren von mutmaßlichen Antisemit*innen unter Menschen, die eingebürgert werden wollen. Kurz zuvor war den Kreisen, Städten und Gemeinden aufgegeben worden, mögliche Leute aus der Reichsbürgerszene im Auge zu behalten und zu schauen, dass ihnen notfalls die Waffenbesitzkarte abgenommen wird. Parallel gilt es, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umzusetzen. Und natürlich die weiter zahlreichen Flüchtlinge unterzubringen und mit Kitaplätzen, Sprachkursen und anderem zu versorgen: alles Dinge, die höheren Ortes entschieden wurden. In naher Zukunft kommt dann noch die Überwachung des Heizungstauschgesetzes hinzu.

Unablässig wächst seit Jahren die Zahl der Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen übertragen – ohne dass ihnen dafür zusätzliches Geld und Personal bewilligt wurde. Vielerorts steht das Konnexitätsprinzip nur noch auf dem Papier. Also das Prinzip, dass die Ebene, die etwas anordnet oder entscheidet, auch für die Finanzierung zuständig ist. Und nicht Aufgaben an andere gibt, die schauen müssen, woher sie dann die nötigen Mittel nehmen.

So wie derzeit kann es jedenfalls nicht weitergehen. Bereits jetzt sind die kommunalen Verwaltungen vielfach unterbesetzt und nicht ausreichend finanziert. Obendrein gehen auch dort in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge scharenweise in Rente. Der Nachwuchs wiederum findet – zumindest im Vergleich zu den Besoldungsgruppen im einfachen und im mittleren öffentlichen Dienst – in der freien Wirtschaft ein besser dotiertes Auskommen. Und so unsicher wie früher sind die Jobs dort aufgrund des Fachkräftemangels auch nicht mehr.

Es bleibt also nur, dass sich die Kommunalverwaltungen wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: die Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort: Müllabfuhr, Trinkwasserversorgung, solche Dinge. Aber Rumpspionieren, dass nur ja niemand heimlich eine verbotene neue Ölheizung einbaut – das soll das vom Grünen Robert Habeck geleitete Bundeswirtschaftsministerium bitte schön selbst erledigen.

Die neue Koalition legt i



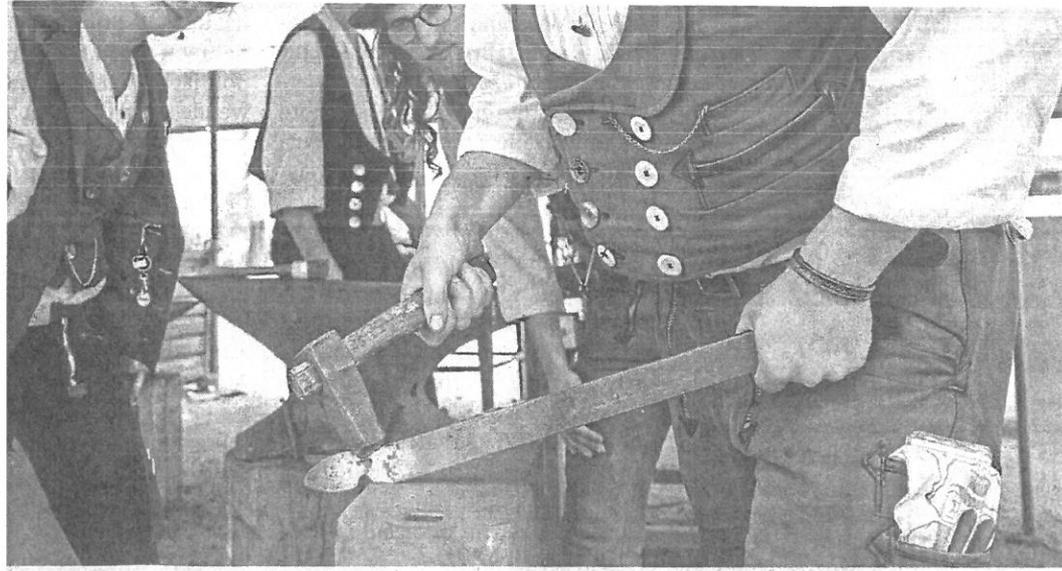
Sie haben sich wieder zusammengeräuft: Hubert Aiw

Da liegt er also zur Unterschrift vor den Partei- und Fraktionschefs von CSU und Freien Wählern im Akademiesaal des Landtags: der neue Koalitionsvertrag. 85 Seiten, ausgehandelt in der „rekordverdächtigen Zeit“ von nicht einmal 14 Tagen, wie beide Seiten nicht ohne Stolz betonen. Es seien „rundherum alle Themen in großer Einmütigkeit abgearbeitet worden“, sagt Freiwähler-Chef Hubert Aiwanger. Man habe „in kürzester Zeit einen Koalitionsvertrag zusammengezimmert“, der eine stabile Grundlage für das Bündnis und die Weiterentwicklung des Freistaats sein werde, ergänzt sein CSU-Pendant Markus Söder.

Neben der Fortsetzung bewährter Programme zur Familienförderung oder der Hightech-Agenda finden sich in dem Werk auch Söders Ziel

bis 2028, „Queer-Annis zu der len oder c lung von für Asylbe Konkre her sind zu Bürokratie alitionsver statt verhi wanger. (Holetschel ben der M plizierter n

Verfassu den Schu Tiktok-Al



uf schnelle Hilfe

n Pleiten und Entlassungen abzuwenden **VON STEFFEN RANGE**

„diese Kapazitäten wiederherstellen. Einige Beobachter erwarten das Ende des Bauzyklus der 1990er-Jahre erin- nissen, was wir an Ihnen erwarten werden Sie noch ver- stehen in Deutschland. Die t ausgestreckt“, sagte taminister Hubertus Heil Baugewerbetag. Heil auf die Regelungen zum geld an, die der Bauwirt- r Krise zugutekommen m Personalabbau zu „Das Instrument der rird Ihnen weiterhin zur stehen“, versprach der ster. h sich zudem dafür aus, gene Standards“ bei der umung zu verzichten und ftige Wärmewende“ zu

machen. Außerdem mahnte er die öffentliche Hand, weiterhin in die Erneuerung der Infrastruktur zu investieren. Dafür plädierte auch ZDB-Präsident Schubert-Raab. Er warb für ein „ausgewogenes Verhältnis“ zwischen Klimaschutz und Bezahlbarkeit. Statt des strengeren Neubaustandards EH-40 solle EH-55 bis auf weiteres der Orientierungspunkt für staatliche Förderungen sein. Das Ziel der Bundesregierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, sei nach wie vor richtig. Derzeit gelte es aber vor- dringlich zu verhindern, „dass Personal von Bord geht“. Schubert-Raab: „Wir haben viel diskutiert. Wir haben 16 Monate verloren.“ „Bremsklötze“ müssten gelöst werden. „Wenn wir das nicht schnell hinbekommen, gefährden wir den sozialen Frieden.“

Im September hatte die Bundesregierung ein 14-Punkte-Papier veröffentlicht, das der Bauwirtschaft wieder aufhelfen soll. Mit besseren Förderungen, niedrigeren Baustandards, Steuervorteilen und anderen Maßnahmen will die Regierung für schnellen und günstigeren Wohnungsbau sorgen. Bei diesem Papier sei „mehr herausgekommen als wir gedacht haben“, sagte Schubert-Raab. Nun gelte es, die angekündigten Maßnahmen tatsächlich auch umzusetzen. Das mahnte auch Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZdH), an. „Die 14 Punkte müssen mit Zuständigkeiten und mit Terminen versehen werden“, sagte Dittrich im ZDF. „Die Kräne drehen sich noch, aber sie werden zum Stillstand kommen.“ **Seite 13**

HANDWERKSKAMMER KARLSRUHE

lation den Gesellinnen und Gesellen

nf Tage Zeit, ihr Können s zu stellen. Acht Lehr- in der Bildungsakademie g zum Raumausstatter d bestanden. Unter der Ausbilderin Beate Filla r praktisches Können in bereichen Boden, Pols- und Deckendekoration dekoration. Hieraus hatte ig zu Beginn der Ausbil- Schwerpunkt gewählt



DH 2 6.10.2022

SATIRE

(4)

Führerschein mit Nachtfahrverbot

Alter Herr mit Hut, da ist Vorsicht geboten. Wer so eine Spezie im Feierabendverkehr vor sich hat, möchte am liebsten ins Lenkrad beißen. Doch Rettung naht. Denn geht es nach Karima Delli, müssen Autofahrer ab 60 nach sieben Jahren ihren Führerschein erneuern. Außerdem sollen Senioren regelmäßig ihre Fahrtauglichkeit medizinisch überprüfen lassen.

Die französische Grünen-Politikerin spricht als Vorsitzende des Verkehrsausschusses im EU-Parlament. Und sie hat noch weitere Vorschläge für europaweite Führerscheinregeln: Fahranfänger dürfen nicht schneller als 90 km/h und nachts überhaupt nicht fahren. Der Pkw-Führerschein, also Klasse B, soll nur noch bis zu einem Gesamtgewicht von 1,8 t gelten. Wer mit einem dicken SUV angeben möchte, muss einen zusätzlichen Führerschein erwerben. Wahrscheinlich hat Frau Delli schon einmal versucht, mit einem solchen Stadtgeländewagen in der Tiefgarage einzuparken.

Bei den deutschen Grünen stoßen ihre Vorschläge auf wenig Gegenliebe. Dabei hat sie noch gar nicht an alles gedacht. Was ist mit den überforderten E-Bike-Pedalläufern oder den Rollstuhlfahrern? Auch Kinder dürfen einfach so zur Schule oder zum Sportplatz radeln. Das sollte alles schnellsten reguliert werden. Obwohl? Der Teufel steckt im Detail. Wenn die Ü60-Senioren ihre Fahrprüfung nicht schaffen, aber erst mit 70 in Rente gehen dürfen, wie können sie dann ohne Lappen zur Arbeit? **ste**

ONLINE

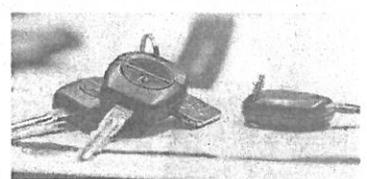


Foto: Janni - stock.adobe.com

Kfz-Betriebe müssen weiter zur Zulassungsstelle

Seit September können Autohäuser Fahrzeuge für Dritte zulassen – allerdings nur theoretisch. www.dhz.net/ikfz

Wirtschaftskrise im Hochkostenland - Dauersubventionen helfen nicht

IW-Studie: Wegen maroder Infrastruktur, ineffizientem Staat und teurer Energie verliert Deutschland den Anschluss

DBU/Köln - Hohe Kosten, schlechter werdende Infrastruktur, ineffizienter Staat: Der deutsche Industriestandort hat Federn gelassen, zeigt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Der Strukturwandel erhöhe den Druck, und die Politik habe keine andere Wahl als verstärkt Standortpolitik zu betreiben, so das Fazit.

Dass Deutschland derart in einer wirtschaftlichen Flaute steckt, hat nach Einschätzung der Wirtschaftsforscher viele Gründe: Da seien zum einen die Nachwehen der Pandemie, zum anderen sorgt der Krieg in der Ukraine nach wie vor für globale Unsicherheit und hohe Energiepreise. Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass die schwierige Lage größtenteils strukturelle Gründe habe. Das belegen neue Zahlen des IW-Standortindex, für den die Wissenschaftler re-

gelmäßig die Wettbewerbsfähigkeit von 45 Industrieländern vergleicht. Dort kommt Deutschland insgesamt auf einen passablen vierten Platz, nach der Schweiz, Australien und Dänemark. Der Schein trüge jedoch. Denn der Index zeige alarmierende Entwicklungen: So sei Deutschland schon lange ein Hochkostenland, zuletzt habe sich die Situation weiter verschlechtert. Im Vergleich zu 2018 ist das Land demnach von Platz 37 auf 44 gefallen - vorletzter Platz. Neben teurer Energie liege das vor allem an hohen Unternehmenssteuern und Personalkosten.

Bei der staatlichen Performance rutscht Deutschland gegenüber 2018 von Platz acht auf elf. Dahinter stehen immer längere Planungs-

und Genehmigungsverfahren. Sie behindern Investitionen und treiben die Kosten.

War Deutschland bei der Infrastruktur lange Weltklasse, verliere das Land hier nun den Anschluss an die Spitze. Wegen kaputter Brücken, Schienen und Straßen sowie des schleppenden Breitbandausbaus fällt Deutschland von Platz zwei auf Platz sechs.

Die laufende Anpassung an Klimawandel, Digitalisierung und die geopolitischen Krisen werde die Wettbewerbsfähigkeit weiter verschlechtern, prognostizieren die Experten. Zum einen, weil die Unternehmen heute hohe Kosten für Investitionen tragen müssen, von denen sie erst profitieren, wenn der

Ausbau der erneuerbaren Energien tatsächlich fortgeschritten ist. Zum anderen, weil sie aus geopolitischen Erwägungen - etwa im Falle Chinas - Entscheidungen treffen müssen, die sich einzelwirtschaftlich nicht lohnen. All das verpflichtet den Staat, zumindest einen Teil der immensen Kosten zu übernehmen - andernfalls drohe eine Deindustrialisierung.

Wichtig dabei sei es aber, die staatlichen Hilfen genau unter die Lupe zu nehmen. Unbefristete, bedingungslose Subventionen würden Gefahr laufen, den Anpassungsprozess der Unternehmen zu unterbinden oder in einem Subventionswettlauf zu enden. Zielen sie auf einzelne Unternehmen oder Branchen ab, müsse sich der Staat an, zu verstehen, wo der Wandel stattfinden soll - das könne aber nur der Markt. Stattdes-

sen brauche es breite Hilfen, die die Investitionsbedingungen verbessern - und gleichzeitig für die Unternehmen Anreize erhalten, die Transformation voranzutreiben.

„Es ist fraglich, inwiefern die hohen Einzelsubventionen für die Halbleiterindustrie dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort auf breiter Basis zu verbessern“, sagt IW-Direktor Michael Hüther. Anders sei es beim Brückenstrompreis, wie ihn der Wirtschaftsminister vorschlägt: „Dieser ist an den Börsenstrompreis gebunden. Wenn Sonne und Wind den Strom günstiger werden lassen, läuft der aus - das erhalte den Anreiz, in Erneuerbare zu investieren. Dafür müssen zudem die Stromsteuer auf EU-Niveau abgesenkt, die Netzentgelte reformiert und ein EU-Energiebinnenmarkt vorangetrieben werden“, sagt Hüther.



Michael Hüther

Foto: Institut der deutschen Wirtschaft

Ein Leserkommentar aus Eichenzell (Landkreis Fulda):

„300 Milliarden für nichts:

Lügen, Täuschen und Verheimlichen sind die Hauptattribute

Prof. Steffensen der Uni Kopenhagen hat mit seinen Eiskernbohrungen des „Nord GRIP“-Projektes wissenschaftlich bewiesen, wie wir belogen und betrogen werden. Er hat die Temperaturschwankungen der letzten 120.000 Jahre nachgewiesen. Die Welt befindet sich seit Jahrtausenden in einem ständigen, natürlichen und wellenartigen Wechsel zwischen Kalt- und Wärmezeiten, wobei es vor 2.000 bis 4.000 Jahren um 2,5 bis 6 Grad wärmer war als heute. Bewiesen wird dabei auch, dass der CO₂-Gehalt mit der Erwärmung zunimmt. Der kälteste Punkt der letzten 10.000 Jahre ist das Jahr 1875. Ab da steigt die Temperatur und das CO₂ auf natürliche Weise wieder an und geht in die nächste Wärmezeit über.

Im Abschlussbericht zu den Eiskernbohrungen stellt Prof. Steffensen klar, dass es mit diesen Ergebnissen sehr schwer ist, einen menschengemachten CO₂-Einfluss des Klimawandels zu erkennen oder zu berechnen.

Raten Sie mal, in welchem Jahr unsere heutige „Klimakrise“ beginnt? 1875!

Herr Habeck mit seiner grünen Vetternwirtschaft und dem linksroten Anhängsel SPD verkauft diesen natürlichen Vorgang als menschengemachte Klimakrise und will uns nun mit dem Heizungsgesetz vorschreiben, wie zu heizen ist. Natürlich wird der breiten Öffentlichkeit verschwiegen, wieviel CO₂ denn damit eingespart wird. Erst auf Anfrage der „bösen“ AfD musste das Wirtschaftsministerium nun eingestehen, dass erst ab 2030 eine Einsparung von lediglich 1,4% der deutschen Emissionen erfolgen würde. Bezüglich der Weltemissionen wäre dies ein nicht mehr messbarer Anteil von 0,0000004.

Für diese „Luftnummer“ müssen die Menschen ca. 300 Milliarden Euro aufbringen und sich mehrheitlich verschulden. Dies ist etwa 10% der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands. Für was? Für nichts. Stimmt nicht ganz. Die Frage muss lauten, für wen? Folgen Sie den Verflechtungen der Vetternwirtschaft und des globalen Geldes und Ihnen werden die Augen aufgehen.

Helmut Seifert, Eichenzell